

Ökologische Diskurskultur oder Demokratiekrise?

Kim Stanley Robinson schildert in *The Ministry for the Future*, wie es der Menschheit zwischen 2030 und 2050 gelingt, die Klimakatastrophe aufzuhalten. Nach Hitzewellen mit Millionen Toten entscheiden sich die Staaten der Welt zur Kooperation, reduzieren die Emissionen radikal und überlassen eine Hälfte der Territorien der Erde wieder der Natur. Der CO₂-Gehalt der Atmosphäre beginnt zu sinken. In den 50er Jahren des 21. Jahrhunderts können die Menschen wieder hoffen, dass sich die ökologische Lage des Planeten in ihrer Zukunft verbessern wird, statt sich noch weiter zu verschlechtern.

Diese positive Utopie kommt nicht nur auf friedlichem Wege zustande. Nach einer katastrophalen Hitzewelle in Indien formiert sich dort die Terrororganisation *Kinder der Kali*. Auch das *Ministerium für die Zukunft* – so heisst im Roman die UN-Organisation, die die globale Erhitzung bekämpft – hat einen *schwarzen Arm*, in dessen Operationen nicht einmal die Chefin des Ministeriums eingeweiht. Zu den Mitteln des Kampfes für das Klima gehören Attentate auf Exponenten der fossilen Wirtschaft. Drohnenanschläge auf Flugzeuge beenden weltweit die Zivilluftfahrt mit fossilen Brennstoffen. Das gesamte Weltwirtschaftsforum in Davos wird gekidnappt und zwangsweise umerzogen.

In Robinsons Roman siegen zwar letztlich Demokratie und internationale Kooperation. Aber die friedlichen Mittel der Demokratie allein haben nicht ausgereicht, um die Existenzkrise der Menschheit zu lösen. Terror und Alleingänge von Staaten sind nötig, um die Fossilindustrie und mit ihr ein ganzes Wirtschaftssystem zu besiegen, das große Teile der Erde unbewohnbar macht.

Klimakrise, Massenaussterben und Vertrauenskrise der Demokratie

Wir leben im Anthropozän. Wir wissen, dass die Voraussetzung für unser Leben von einem Erdsystem erzeugt wurden und werden, von dem unsere gesamte Existenz abhängig ist. Dieses Erdsystem stellt uns bisher einen *safe operating space* zur Verfügung, in dem sich die menschlichen Zivilisationen entwickeln konnten. Die ökologischen Krisen der Gegenwart bedrohen diesen Handlungsraum. Auch bisher war dieser Handlungsraum eine Voraussetzung politischen Handelns. Heute müssen wir diesen Handlungsraum bewahren, um überhaupt weiter politisch handeln zu können.

Im Anthropozän sind die bisher rein *natürlichen* Prozesse, von denen die Existenz der menschlichen Gesellschaften abhängt, nicht mehr von Menschen unabhängig. In der Forschung spielt das Konzept der *planetaren Grenzen* eine große Rolle. Damit sind Grenzen der Belastbarkeit des Erdsystems gemeint. Werden diese Grenzen überschritten, verändert sich das ganze System in einer unvorhersehbaren Weise, die alle Komponenten des System beeinflussen kann. Die Existenz der menschlichen Zivilisation kann damit gefährdet werden.

Die Klimakrise ist das am besten untersuchte Beispiel für eine Überschreitung der planetaren Grenzen – aber nicht das einzige und nicht einmal das gefährlichste. Der aktuelle Bericht des Weltklimarats stellt fest, dass die Fortsetzung der aktuellen Politik dazu führen wird, dass die Temperaturen am Ende dieses Jahrhunderts um etwa 2,7° Celsius über den Temperaturen vor der Industrialisierung liegen werden. Dieser Temperaturunterschied bedeutet für alle Ökosysteme auf der Erde Veränderungen, die bei weitem drastischer sind als am Ende der letzten Eiszeit und die sich überdies in einem Bruchteil der Zeit geschehen, das in der Erdgeschichte für solche Veränderungen zur Verfügung stand. Seit dem mittleren Pliozän über drei Millionen Jahren waren CO₂-Gehalt und Temperaturen ähnlich hoch (Masson-Delmotte et al., 2021, p. 1891). Damals lag der Meeresspiegel ca. 20 Meter über seinem heutigen Niveau.

Viel weniger bekannt sind andere, noch bedrohlichere Übertretungen der planetaren Grenzen, die noch bedrohlicher sind. Die Zerstörung der Artenvielfalt entspricht dem Massenaussterben am Ende der Ära der Dinosaurier. Die Landwirtschaft hat den Stickstoff- und der Phosphorhaushalt so verändert, dass viele Ökosysteme vor allem in den Ozeanen gefährdet sind. Noch nicht ausreichend erforscht sind die Folgen, die der Eintrag neuartiger Substanzen in das Erdsystem hat – Mikroplastik ist dafür das bekannteste Beispiel.

Klima- und Erdsystemwissenschaften sagen eindeutig, dass die Lebensgrundlagen der Menschheit bedroht sind. Die Demokratien haben es bisher nicht geschafft, darauf adäquat zu reagieren. Zu den Folgen dieser Unfähigkeit gehört nicht nur die ökologische Katastrophe. Sie gefährdet auch die Demokratie. Wenn es nicht gelingt, Handlungsfähigkeit gegenüber den ökologischen Krisen herzustellen, dann entzieht das der Demokratie die Legitimation.

Entfremdung von Wissenschaft und Politik

Die Demokratie hat sich immer als eine besonders rationale Regierungsform legitimiert. Sie lässt verschiedenen Meinungen zu, fördert sie sogar, und kommt durch Diskussion und Überzeugung zu Entscheidungen. Sie setzt nicht voraus, dass die Entscheidungen der Mehrheit immer oder auch nur meist rational sind, sondern sie delegiert die Vorbereitung und oft auch die Entscheidung selbst an Fachleute, die die Fakten kennen. Deshalb setzen sich Demokratie und freie Wissenschaft wechselseitig voraus. Die demokratisch Regierenden können sich von Wissenschaftlern über Fakten informieren lassen, und die Wissenschaft Betreibenden können davon ausgehen, dass ihre Forschungen auch praktisch umgesetzt werden.

Für einen großen Teil der Wissenschaften gilt aber heute, dass das Verhältnis zur Politik zerrüttet ist – und zwar nicht für Orchideenfächer ohne praktischen Konsequenzen sondern für Disziplinen, deren Gegenstände das Leben sehr vieler Menschen betreffen. In

der Klimawissenschaft herrscht ein Konsens darüber, dass die Verbrennung fossiler Brennstoffe, wenn sie nicht sofort radikal beschränkt wird, in eine Existenzkrise der Zivilisation führen kann.

Ökologischer Niedergang in unserer Umgebung

Wir müssen aber nicht nur die Prognosen verstehen, statt sie zu ignorieren. Die Folgen der ökologischen Krisen sind in unserer Umgebung spürbar, vom Verlust des Dachstein-Gletschers bis zur Trockenheit in der Südsteiermark. Auch in Graz gab es schon einen Starkregen, der die Rückhaltekapazitäten der Stadt beinahe überfordert hätte. Viele Wälder in unserer näheren Umgebung sind bereits zerstört.

Entfernung von Politik und Bereitschaft in der Bevölkerung

Die Ergebnisse der letzten Wahlen in der Stadt Graz haben fast alle Fachleute für Politik überrascht. Ihr Ergebnis ist ein Symptom einer Vertrauenskrise, zu deren Ursachen auch die ökologischen Krisen gehören. Die Klimakrise hat viele, vor allem Jüngere politisiert. Aber auch die Verbauung der Stadt, durch die der Anteil der Natur an der Umgebung immer geringer geworden ist, hat zum Unbehagen beigetragen, das zu einem Machtwechsel in der Stadt geführt hat - übrigens einem Machtwechsel, wie es ihn ähnlich deutlich in vielen europäischen Städten von Zagreb bis Bordeaux gegeben hat.

Viele Statistiken zeigen, dass eine große Mehrheit der Bevölkerung in den demokratischen Ländern weiss, dass die Klimakrise bedrohlich ist, und auch zu radikalen Veränderungen bereit wäre. Allerdings drückt sich diese Bereitschaft nicht oder nur sehr indirekt in Wahlergebnissen aus. Man traut den politisch Handelnden offenbar kaum zu, den notwendigen Politikwechsel in einer gerechten Form in die Wege zu leiten. Die Bereitschaft der Bevölkerung, wissenschaftlichen Ergebnissen zu folgen, war übrigens in der Corona-Krise nicht geringer. Auch hier ist die Politik der Mehrheit nicht gefolgt, und das hat zu einem Vertrauensverlust geführt.

Auch die Erfahrungen mit Klimaräten, die es inzwischen in vielen europäischen Ländern gegeben hat, zeigen, dass die Bevölkerung zu radikalen Veränderungen bereit sind, wenn sie gerecht und koordiniert verwirklicht werden. Die Politik folgt den Ergebnissen dieser Räte leider nur partiell und handelt ihnen oft sogar entgegen - wie es Emmanuel Macron in Frankreich in einer besonders drastischen und zynischen Weise getan hat.

Angst und Depression bei der jüngeren Generation

Große Teile der jungen Generation trauen es der Politik der wirtschaftlich wichtigen Länder nicht mehr zu, die ökologischen Krisen so in den Griff zu bekommen, dass sich die Lebensverhältnisse in ihrer Lebenszeit nicht deutlich verschlechtern. *Climate anxiety*

ist kein Nischenphänomen, eine Mehrheit blickt pessimistisch in die Zukunft. Auch viele Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die die Folgen der Klima- und der Biodiversitätskrise erforschen, berichten von schweren Depressionen.

Kalkulierte Brüche mit gesellschaftlichen Spielregeln haben sich bisher als das wirksamste Mittel erwiesen, wenigstens auf die ökologischen Krisen aufmerksam zu machen.

Demokratie ohne Gas, Öl und Kohle?

Es gibt viele Versuche, die Gründe für das Nichthandeln zu erkennen. Sie wird als Problem des kapitalistischen Systems verstanden, als Ergebnis von Machtstrukturen (die wiederum ein Ergebnis des Kapitalismus sein können), als Ergebnis mangelnder Einsicht bei den Verantwortlichen und in der der Bevölkerung, und als Ergebnis mangelnder Bereitschaft zur Veränderung.

Wenn man die Klimakrise als Demokratiekrise versteht, liegt es nahe zu fragen, wie die Demokratie mit den Verhältnissen zu tun hat, die in diese Krisen hineingeführt haben. Es spricht vieles dafür, dass die Demokratie, wie wir sie praktizieren, eng mit der Ausbeutung der Ressourcen des Planeten verbunden ist.

Timothy Mitchell stellt in *Carbon Democracy* sorgfältig dar, wie eng die Demokratie in den westlichen Ländern mit der Ausbeutung fossiler Energien verbunden ist, und wie die anscheinend unbegrenzt und zu niedrigsten Preisen zur Verfügung stehenden Energieträger Öl und Gas dazu beigetragen haben, dass im Westen seit dem zweiten Weltkrieg Politik zu großen Teilen als Management *der Wirtschaft* verstanden wurde. Die immer weiter und immer mehr sprudelnden Energiequellen etablierten erst das Konzept eines unbegrenzten Wirtschaftswachstums. Die Aussicht auf immer mehr Teilhabe an diesem Wirtschaftswachstum sicherte der Demokratie Zustimmung. Durch die Bindung der Zahlungen für das Öl an den Dollar stellte die Ausbeutung der fossilen Energieträger auch sicher, dass das Finanzsystem funktionierte. Der gesamte westliche Lebensstile – von der Mobilität über die schnell wachsenden Städte bis zu den Eigenheimsiedlungen in ihren Peripherien und die mit Kunstdünger intensivierte Landwirtschaft - hängt von fossilen Energien ab.

Aber auch über die fossilen Energien hinaus ist die Existenz der modernen westlichen (oder nördlichen) Gesellschaften an die Verfügung über immer mehr Rohstoffe gebunden. Der französische Philosoph Pierre Charbonnier stellt in *Abondance et Liberté* detailliert dar, wie das europäische politische Denken über Jahrhunderte immer abhängig von Voraussetzungen formuliert wurde, die wir heute als *ökologisch* bezeichnen würden: Gesellschaft wurde von der Natur klar getrennt, wobei es aber für die Gesellschaft essentiell war, die Natur so effizient wie möglich auszunutzen und dabei immer mehr

Fortschritte zu machen. Für die liberale wie für die sozialistische Tradition ist es entscheidend, dass die *Produktion* Güter zur Verfügung stellt, über deren Verfügung dann politische Auseinandersetzungen geführt werden können.

Viele Indizen zeigen, dass die Demokratie schnell an Unterstützung verliert, wenn Energie nicht mehr selbstverständlich zur Verfügung steht. Die Gelbwesten-Proteste in Frankreich brachen aus, weil Benzin und Diesel um ein paar Cent verteuert wurden.

Die Abhängigkeit der demokratischen Gesellschaften von den fossilen Energien und der Ausbeutung von immer mehr Rohstoffen lässt sich aber nicht einfach darauf reduzieren, dass die Zustimmung der Mehrheit der Bevölkerung von Energiesicherheit und Wirtschaftswachstum abhängt. Zur Governance, wie sie sich seit dem zweiten Weltkrieg durchsetzte, gehört die Abhängigkeit von einer als autonome Realität angelegten Wirtschaft, die staatlich beeinflusst oder gesteuert wird, aber laufend weiter wächst. Zu dieser Governance gehören die Auseinandersetzungen über die gerechte Verteilung der Ergebnisse des Wachstums, das technokratische Management der Wirtschaft und die Abhängigkeit politischer Entscheidungen von privat kontrollierten Finanzströmen. Die Mitbestimmung der Wählerinnen und Wähler beschränkt sich auf die Entscheidung darüber, welche Parteien welchen Einfluss in den Parlamenten haben. Die im weitesten Sinne technokratische Verwaltung lässt sich in ihrem konkreten Handeln nicht demokratisch steuern. Eine solche Steuerung ist abhängig vom Expertenwissen über *die Wirtschaft*.

Diese Art von Governance hätte sich ohne fossile Brennstoffe nicht etablieren können und sie gibt den Firmen und gesellschaften, die die Förderung und den Vertrieb fossiler Brennstoffe beherrschen, eine Machtposition, die größer ist als die aller anderen Gruppen - wobei große Teile der Wirtschaft direkt oder indirekt von der Fossilindustrie abhängig sind.

Dass die ökologischen Krisen der Gegenwart auch zu einer Demokratiekrise führen, hängt also damit zusammen, dass die modernen Demokratien darin, wie in ihnen regiert wird, wie die Aufgaben zwischen Politik, Wirtschaft und Verwaltung bestimmt sind, aufs engste mit der fossilen Wirtschaft, die unbegrenzt Energie zur Verfügung stellt, und mit anderen immer intensiveren *material flows* integriert sind.

Demokratische Legitimation der antiökologischen Tyrannei

Man kann diese ganze Problematik ignorieren und damit eine faktenbasierte Steuerung der Gesellschaft ablehnen und durch Gewalt ersetzen. Das betreiben diejenigen, die die demokratische Governance von rechts ersetzen. Dass diese Kräfte national und international so stark geworden sind, hat unterschiedliche Ursachen, aber es hängt auch mit den Herausforderungen durch die ökologische Krise zusammenhängen und der vorsichtigen Anpassung an diese Krisen zusammen. Dabei wollen die Rechten vor allem den Status quo bei der Versorgung der Bevölkerung mit billigen Energien erhalten.

Die Populisten greifen das Netzwerk von politischen, wissenschaftlichen und administrativen Diskursen an, das die Governance der demokratischen Gesellschaften ausmacht. Sie nutzen die offensichtlichen Schwierigkeiten dieses Modells dafür aus, Gruppen an die Macht zu bringen, die sich persönliche Vorteile verschaffen können. Während sie die demokratischen Formen der Governance zerstören oder entmachten, erhalten sie vorgeblich den gewohnten Sozialstaat. Sie versprechen einen Ausweg aus den Krisen der westlichen Demokratien, aber nicht durch eine Revision der Mechanismen dieser Demokratien, sondern durch deren Zerschlagung und Ersetzung durch persönliche Herrschaft.

Territorialisierung

Die Populisten versprechen, die globalisierte Wirtschaft, zu deren Governance die Nationalstaaten immer weniger in der Lage waren, durch eine territorial verstandene Wirtschaft zu ersetzen, die so viel leistet wie die Sozialstaaten der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts – allerdings nur für die Angehörigen des eigenen *Volks*. So hat sich z.B. ausgerechnet die rechtsradikale FPÖ und H.C. Strache auf Bruno Kreisky berufen.

Die Antwort der Rechtspopulisten auf die ökologischen Krisen ist eine Steigerung der Ausbeutung von Ressourcen. Im Namen der *Souveränität* intensivieren die ökologisch katastrophalen Entwicklungen der Wirtschaft der letzten Jahrzehnte und bauen ökologische Kontrollinstrumente ab. Ihre Politik führt – deutlich sichtbar gerade in Brasilien – zu einer dramatischen Verschlimmerung der ökologischen Krisen, deren Erforschung und Kommunikation sie blockieren.

Epistemic crisis

Die Populisten haben in ihren territorialistischen Diskurs die wissenschaftsfeindliche Propaganda übernommen, die über Jahrzehnte aus wirtschaftlichem Interesse von der Fossil Fuel-Industrie initiiert und gefördert wurde. Seit dem Beginn der Erforschung der ökologischen Krisen, eigentlich schon seit dem Beginn einer ökologischen Bewegung, haben Interessengruppen publizistisch gegen ökologische Politik mobilisiert. Sie waren und sie sind dabei erfolgreich. Milliardäre, die gezielt politisch manipulieren, spielen dabei eine wichtige Rolle. Andererseits wird sie von den monopolistischen und werbefinanzierten Internetplattformen begünstigt.

Polarisierung

Ein wichtiges Element der Zerstörung der demokratischen Governance ist die Zerstörung des politischen Diskurses durch extreme Polarisierung. Für diese Gruppen ist es dabei charakteristisch, dass sie vor der Spaltung der Gesellschaft warnen und sie zugleich betreiben. Die Polarisierung ist dabei vor allem ein mediales Phänomen, sie gehört zu einer Gegenöffentlichkeit, die sich gegen die Öffentlichkeit der demokratischen, liberalen Gesellschaft abdichtet. Es ist gut erforscht, wie vor allem in Amerika diese Polarisierung

den Boden für Trump bereitet hat. Sie führt zu einer *epistemic crisis*, die von Interessierten befeuert wird. Zu den Interessierten gehören die Fossil fuel-Industrie und autoritäre Regime.

Die Populisten polarisieren, bekämpfen die demokratischen Formen der Governance und ignorieren die Unfähigkeit der territorialen Nationalstaaten, die ökologischen (und damit Versorgungs- und Gesundheitsprobleme) zu lösen, zu denen die *große Beschleunigung* der Jahrzehnte nach dem zweiten Weltkrieg geführt hat. Sie sind Ausdruck einer Krise der Demokratien und sie verstärken. Eine Kooperation mit diesen Kräften legitimiert sie und verschärft die Demokratiekrise, so wie etwa Diskussionen mit Klimaleugnern deren Argumentationen den Anschein gibt, zum wissenschaftlichen Argumentationsspektrum zu zählen.

Demokratischer Diskurs und geerdetes Regieren

Lässt sich eine Diskurskultur beschreiben, durch die sich ein handlungsfähiges *Wir* konstituiert, das eine demokratische Antwort auf die ökologischen Krisen findet? Eine solche Diskurskultur würde nicht nur dabei helfen, die ökologischen Katastrophen zu mindern. Sie würde auch die Demokratie stärken. Und dieses Ergebnis wäre sofort spürbar und könnte damit auch die Bereitschaft vergrößern, ökologisch zu handeln.

Wären die Diskurse etwas, das einfach dem politischen Handeln und der gesellschaftlichen Realität gegenübersteht und sie mehr oder weniger zutreffend abbildet – die Veränderung wäre nicht so schwer. Politische Diskurse sind aber ein Teil der politischen Wirklichkeit, sie stehen in unterschiedlichen Beziehung mit vielen anderen Diskursen, die mit der Regierung – bei uns mit der demokratischen Regierung – zu tun haben. Eine Veränderung der Diskurskultur ist auch eine Veränderung der Governance, der Weise wie regiert wird. Da die ökologischen Krisen die Weise, wie unsere Gesellschaften regiert werden, auf einer sehr grundlegenden Ebene herausfordern, muss die Veränderung der Diskurskultur ihrerseits tiefgreifend sein.

Weg vom produktivistischen Diskurs

Die politischen Diskurse in Parteien und Medien gehören zu einer Demokratie, die in ihrem Kern von fossilen Energien und tendenziell unendlich zur Verfügung stehenden Rohstoffen abhängt. Solange diese Abhängigkeit nicht durchschaut wird, bestehen wenig Chancen auf eine demokratische ökologische Diskurskultur.

Die Abhängigkeit z.B. der politischen Diskurse in der Stadt Graz von den fossilen Industrien zu erkennen ist nicht schwierig. Sie betrifft die Themen der politischen Debatte, und sie betrifft auch und vielleicht noch mehr die Themen, über die nicht debattiert wird, weil die Politik, vor allem die lokale Politik, hier nur eine geringe Entscheidungskompetenz hat.

Bei der Infrastruktur, als Wirtschaftsstandort und als Umgebung für die Aktivitäten der Bürgerinnen und Bürger: überall ist die - demokratische - Stadtregierung in Netzwerke eingebunden, die aufs Engste mit fossilen Energien verbunden sind. Selbst da, wo bewusst auf fossile Energien verzichtet wird, muss etwas ersetzt werden, dass von fossilen Energien ermöglicht wurde. Der sogenannte motorisierte Individualverkehr, das Eigenheim, die große Wohnung – möglicherweise weit entfernt vom Arbeitsplatz – sind nur möglich geworden, weil Energie billig und in unbeschränkter Menge zur Verfügung stand und steht.

Die Politik der Parteien ist zu einem großen Teil darauf ausgerichtet, die Wirtschaft - in Graz die Wirtschaft in der Stadt - möglichst gut zu entwickeln, und das bedeutet: die finanzielle Wertschöpfung zu sichern und zu steigern. Zu einem erheblichen Teil ist davon auch die Finanzierung der Stadt abhängig. Die Stadt tut das, indem sie die Bedingungen für private Investoren so gut wie möglich gestaltet, und sie tut es auch mit ihren eigenen Unternehmen, mit denen sie an der Wirtschaft teilnimmt. Die Stadt verdient an den Ergebnissen des Grazer Flughafens und sie verteidigt ihn, um mit ihm das Wachstum der lokalen Wirtschaft zu fördern.

Die Politik muss den Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger, die mit ihrer von fossilen Energien ermöglichten Lebensweise zusammenhängen, gerecht werden. Die großen politischen Blöcke tun das entweder, indem sie sich im Diskurs auf die Bedürfnisse der Individuen - als Konsumentinnen und Konsumenten, aber als Wirtschaftstreibende - beziehen. Oder aber, sie konzentrieren sich auf das Ausgleichen von Ungerechtigkeiten und den Zugang zu Leistungen, die sonst unzugänglich wären. Ideologisch greifen sie dabei entweder auf liberale Konzepte zurück oder aber auf im weitesten Sinn sozialistische oder sozialdemokratische. Die großen politischen Bewegungen der letzten Jahrhunderte, der Liberalismus und der Sozialismus, lassen sich hinter der rechtlichen und sozialen Realität einer Stadt wie Graz (bzw. Österreichs und Europas insgesamt) identifizieren. Sie bestimmen immer noch einen großen Teil des politischen Diskurses.

In dieser Demokratiewirklichkeit haben ökologische Diskurse einen schwierigen Status. Vielfach werden sie mit den beherrschenden politischen Diskursen, dem liberalen und dem sozialistischen, verknüpft. Darüber hinaus wird Ökologie vor allem als Schutz der Natur eingebracht und nicht als ein Handeln, das alle Aspekte der Systeme berücksichtigt, von denen wir abhängen.

Eine ökologische Diskurskultur ist nur möglich, wenn sie sich damit auseinandersetzt, wie abhängig die politische Kultur von einer nicht nachhaltigen Wirtschaft ist. Die Diskussion dieser Abhängigkeit muss offen erfolgen, nicht als Vorwurf einer Partei an die anderen. Ein demokratischer Diskurs über die ökologischen Krisen und ihre Folgen wird nicht zustandekommen, wenn er als Diskussion über entweder mehr oder weniger Ökologie oder sogar als Grundsatzdiskussion darüber geführt wird, ob globale Entwicklungen wie die Klimakrise überhaupt ein Thema der lokalen oder regionalen Politik sein sollen.

Lokale ökologische Governance

Dass *climate governance* nicht gelingt, hängt bis zur höchsten internationalen Ebene damit zusammen, dass Politik und Wirtschaft in einer Weise aufeinander bezogen sind, die den Erfordernissen einer ökologischen und nachhaltigen Entwicklung nicht entspricht. Die Entwicklung einer demokratischen ökologischen Diskurskultur lässt sich deshalb nicht von der Entwicklung einer Governance-Kultur trennen. Aufgabe dieser Kultur ist die Pflege von ökologischen Systemen, die Menschen versorgen, aber sich dabei regenerieren und weiterentwickeln. Sie unterscheidet sich im Ansatz von der technokratischen Governancekultur, für die die *Natur* oder *Umwelt* ein Außen ist, das als solches von der Governance gar nicht betroffen ist, und für die die Versorgung der Menschen, in deren Namen politisch gehandelt wird, eine Leistung *der Wirtschaft* ist, die eine eigene Sphäre zwischen Natur und Gesellschaft bildet.

Ein erfolgreiches Handeln gegen die Klimakrise setzt weltweite Kooperation und die Übernahme einer Generationen übergreifenden Verantwortung voraus. Angesichts dieser, in der ganzen Geschichte einmaligen Bedingungen, wird lokales Handeln gegen die Klimakrise oft gar nicht erst eingeleitet. Die Dimensionen der Krise werden als Überforderung wahrgenommen.

Auch wenn die Klimakrise und die mit ihr verwandten ökologischen Krisen globale Phänomene sind, ist aber ein Handeln gegen sie nur lokal möglich. Die Klimakrise erfordert, dass an jedem Ort der Erde dekarbonisiert wird, weil sich die Emissionen jedes Orts auf die gesamte Atmosphäre auswirken. Wenn die Emissionen weltweit pro Person nur bei einer bis zwei Tonnen Kohlendioxid liegen dürfen, dann sind die Menschen an jedem Ort dafür verantwortlich, diese Werte einzuhalten.

Die fossilen demokratischen Strukturen erschweren ein solches lokales Handeln. Sie schaffen globale Abhängigkeiten und Ungerechtigkeiten. Diese Strukturen hätten sich ohne die fossilen Energieträger nicht so entwickelt. Eine Gesellschaft mit ökologischen Versorgungssystemen muss sie durchbrechen.

Damit hat jeder lokale demokratische ökologische Diskurs globale Implikationen. Die diskursive Verknüpfung von Lokalem und Globalem degradiert aber die lokale Ebene nicht zu einer sekundären. Sie erlaubt vielmehr eine lokale Demokratie mit sehr viel mehr Gestaltungsmöglichkeiten als bei der Governance der fossilen Demokratie.

Ökologische Systeme können nur lokal gepflegt werden. Störungen ihrer Lebens- und Entwicklungsfähigkeit können zwar überregional bedingt sein, aber sie lassen sich nur lokal ausgleichen. Die Biodiversität auf dem Grazer Stadtgebiet z.B. lässt sich nur durch lokale Maßnahmen sichern, die auch einen lokalen Sinn haben müssen – die also zur Versorgung dieses Stadtgebiets beitragen. Negative Folgen der Aktivitäten für andere Gebiete lassen sich sehr viel schwerer kontrollieren, als es die Verhinderung dieser

Folgen durch eine entsprechend Pflege der lokalen Systeme ist. Es gibt zwar viele ökologische Probleme, die sich nicht lokal lösen lassen, aber jedes ökologische Problem wird lokal verursacht.

Lokalisierte und dezentrale ökologischer Governance ist viel mehr als der Schutz von lokalen Tier- und Pflanzenarten. Je besser z.B. der gesamte Kreislauf der Produktion, Speicherung, Verteilung, Nutzung und Wiedernutzung von Energie lokal organisiert ist, desto weniger potenziell negative Folgen für andere Gebiete entstehen, und desto besser lassen sich die Folgen außerhalb des Energiekreislaufs beherrschen - also z.B. Luftverschmutzung.

Lokales ökologisches Handeln setzt Partizipation voraus. Die Bewohnerinnen und Bewohner einer Straße, eines Blocks oder Platzes müssen ihre geteilte Verantwortung für die Entwicklung dieses Orts wahrnehmen – eines komplexen Systems, zu dem auch Pflanzen und der Tiere gehören. Überdies lässt sich die Entwicklung von komplexen ökologischen Systemen nicht zentral steuern. Sie bedarf aber einer laufenden wissenschaftlichen Beobachtung. Die demokratische Governance wird dabei datenabhängig sein und in einem engen digitalen Austausch mit anderen Städten und Regionen stattfinden – sie bedeutet also nicht die Forderung nach einem archaisch wirkenden Zustand.

Bei einer solchen Governance wird als Thema der Ökologie nicht die Beeinträchtigung oder der Schutz der Umwelt verstanden, sondern die Entwicklung der lokalen Versorgungssysteme in allen ihren Aspekten. Dazu ist eine Diskurskultur erforderlich, bei der Politik, Wissenschaft, Verwaltung und vor allem die Bürgerinnen und Bürger diese Systeme gemeinsam gestalten.

Eine solche Ökologisierung von Städten und Regionen kann zu weniger Produktivität im Sinne der finanziellen Wertschöpfung führen. Fast immer wird sie aber eine größere Lebensqualität mit sich bringen, vor allem für diejenigen, die heute nicht am globalen Überkonsum teilnehmen. Sie schafft außerdem Raum für lokale Entwicklungen und damit auch wirtschaftliche Chancen.

Im letzten Bericht des IPCC spielen lokale ökologische Systeme eine Schlüsselrolle hinsichtlich der Anpassung an den Klimawandel wie hinsichtlich des Klimaschutzes. Sie betreffen die Städte, die zu *green cities* werden müssen und sich zu einem erheblichen Teil selbst mit Lebensmitteln und Energie versorgen. Pflanzen werden in ihnen dafür sorgen, dass ihr Klima erträglich ist, und intakte Böden werden das Wasser regulieren. Zu diesen Systemen gehören landwirtschaftliche Regionen, in denen nach agroökologischen Prinzipien gewirtschaftet wird, die eine dauerhafte Nutzung der Böden sichern. Zu ihnen gehört aber auch wilde oder wieder wilde Zonen - also Gebiete, in denen sich die Evolution ohne menschliche Eingriffe vollzieht.

Ein Governance-Modell, das sich radikal von der fossilen Demokratie der Gegenwart unterscheidet, lässt sich gerade auf lokaler und kommunaler Ebene vorbereiten. Städte können auf viele vorfossile, funktionierende Demokratiemodelle mit einem hohen Maß an Partizipation und lokaler Verantwortung für die Versorgungssysteme zurückgreifen – so wie es auch viele Traditionen bäuerlicher Demokratie gibt. Das wäre dann die Antithese zu den Krisen der Demokratie angesichts von nicht beherrschbaren ökologischen Katastrophen und postfaktischer Zerstörung der demokratischen Governance.

Masson-Delmotte, V., Zhai, P., Pirani, A., Connors, S. L., Péan, C., Berger, S., Caud, N., Chen, Y., Goldfarb, L., Gomis, M. I., Huang, M., Leitzell, K., Lonnoy, E., Matthews, J. B. R., Maycock, T. K., Waterfield, T., Yelekçi, O., Yu, R., & Zhou, B. (Eds.). (2021). *Climate Change 2021: The Physical Science Basis. Contribution of Working Group I to the Sixth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change*. IPCC. <https://www.ipcc.ch/report/ar6/wg1/#FullReport>